# Sitzungsvorlage

Haupt- und Finanzausschuss					öffentlich	
am 13.03.2007						
Nr. 3 der TO					Vorlagen-Nr	.: FB 2/153/2007/1
Dez. I	FB 2: Finai	nzen			Datum:	12.03.2007
FBL / stellv. FBL	FB Finanzen De			Dezerr	nat I / II	Der Bürgermeister
Beratungsfolge:						
Gremium:		Datum:	TOP	Zuständigkeit Be		Bemerkungen:
Haupt- und Finanzausschuss		13.03.2007		Entscheid	lung	

# **Beratungsgegenstand:**

Haushaltssatzung und Budgetbuch 2007, Finanz- und Investitionsplan 2008- 2010, Stellenplan 2007

hier: Änderungen aufgrund der Beratungen in den Fachausschüssen

# **Tischvorlage**

#### I. Beschlussvorschlag:

### II. Rechtsgrundlage:

#### III. Sachverhalt:

Die Ausschüsse für Bau- und Verkehr (ABV) und Gesundheit, Arbeit, Soziales, Familie und Senioren (GASFS) haben in ihren Sitzungen am 06.03. bzw. 08.03.2007 Änderungsempfehlungen zum Haushalt 2007 ausgesprochen.

Der ABV empfiehlt die Anhebung der Position für die Unterhaltung von Wirtschaftswegen um 20.000,00 € Auf Grund des schlechten Zustandes der Wirtschaftswege soll der Ansatz für die Unterhaltung auf dem Niveau des Jahres 2006 bleiben.

Für den Investitionsplanungszeitraum schlägt der ABV die Zurückstellung des Ausgabeansatzes für den Ausbau der Straße Kranichholz von 2009 auf 2010 vor. Die Baukosten für den Ausbau der Schillerstraße sollen hingegen von 2010 auf 2009 vorgezogen werden.

Die Ausgabeansätze für die beiden Maßnahmen sind in der Höhe identisch; die Änderungen wirken sich demzufolge auf die Endsummen der Investitionsplanungsjahre 2009 und 2010 nicht aus.

Der GASFS wurde in der Sitzung am 08.03.2007 von der Verwaltung darüber unterrichtet, dass neben der neu eingerichteten Haushaltsstelle "Landeserstattung aufgrund der Bleiberechtsregelung" (s. hierzu auch Einladung, Erläuterungen zur heutigen HFA Sitzung) gleichzeitig aber auch andere Etatansätze für Landeserstattungen aufgrund geänderter Finanzierungsregelungen um insgesamt 91.000,00 € gemindert werden müssen.

Bei den Landeserstattungen ist demnach im Saldo lediglich von 9.000,00 € Mehreinnahmen auszugehen.

Zu einer weiteren Veränderung des Vermögenshaushalts führt ein zwischenzeitlich eingegangener Bescheid der Bezirksregierung Münster über eine Neufestsetzung der Krankenhausumlage für das Jahr 2006.

Aufgrund der Neuberechnung für 2006 ist eine Erhöhung des Ansatzes um 13.000,00 € erforderlich.

Die Finanzierung der Veränderungen für das Haushaltsjahr 2007 erfolgt über eine erhöhte Zuführung zwischen Vermögens- und Verwaltungshaushalt bzw. eine Erhöhung des Kreditrahmens im Vermögenshaushalt.

Beigefügt ist eine um die v. g. Veränderungen nochmals ergänzte zahlenmäßige Darstellung der Haushaltspositionen.

# IV. Finanzielle Auswirkungen:

./.

Anlagen: 3